

15.02.01

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission zur Vorbereitung der vierten Europa-Mittelmeer-Tagung der Außenminister "Intensivierung des Barcelona-Prozesses"

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 103085 - vom 12. Februar 2001. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 1. Februar 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission zur Vorbereitung der vierten Europa-Mittelmeer-Tagung der Außenminister "Intensivierung des Barcelona-Prozesses" (KOM(2000) 497 – C5-0630/2000 – 2000/2294(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission (KOM(2000) 497 – C5-0630/2000),
- gestützt auf die Artikel 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 23, 27 und 28 des EU-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der vom Europäischen Rat in Feira am 19. Juni 2000 beschlossenen Gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum¹,
- in Kenntnis der Schlusserklärung des ersten Parlamentarischen Europa-Mittelmeer-Forums vom 27. und 28. Oktober 1998 in Brüssel,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Oktober 1995 zur Mittelmeerpolitik der Europäischen Union im Hinblick auf die Konferenz von Barcelona²,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Dezember 1995 zur Mittelmeerkonferenz von Barcelona³,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. März 1997 zum Gemeinsamen Bericht des Ratsvorsitzes und der Kommission über die Mittelmeerpolitik: Verlängerung der Konferenz von Barcelona⁴,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Mai 1998 zu den Europa-Mittelmeer-Abkommen⁵,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 1999 zu der Mitteilung der Kommission „Die Rolle der Europäischen Union im Nahost-Friedensprozess und ihre künftige Hilfe für den Nahen Osten“⁶ und seine Empfehlung an den Rat zur Mittelmeerpolitik der Union⁷,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 30. März 2000 zur Mittelmeerpolitik⁸,
- unter Hinweis auf seine Entschließungen in Verbindung mit dem Konflikt im Nahen Osten,

¹ ABl. L 183 vom 22.7.2000, S. 5.
² ABl. C 287 vom 30.10.1995, S. 121.
³ ABl. C 17 vom 22.1.1996, S. 178.
⁴ ABl. C 115 vom 14.4.1997, S. 159.
⁵ ABl. C 167 vom 1.6.1998, S. 196.
⁶ ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 282.
⁷ ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 286.
⁸ ABl. C 378 vom 29.12.2000, S. 71.

insbesondere die vom 5. Oktober 2000¹,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. November 2000 zur Mittelmeerpolitik der Union anlässlich der vierten Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister in Marseille²,
 - unter Hinweis auf die Erklärung von Barcelona und das bei dieser Konferenz angenommene Arbeitsprogramm vom 28. November 1995,
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Konferenz von Malta vom 15. und 16. April 1997, der Konferenz von Palermo vom 3. und 4. Juni 1998, der Konferenz von Stuttgart vom 15. und 16. April 1999, der Konferenz von Marseille vom 16. und 17. November 2000 sowie der Schlussfolgerungen der Bürgerforen von Malta, Neapel, Stuttgart und Marseille,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 1. Februar 2001 zu der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum, festgelegt durch den Europäischen Rat von Feira vom 19. Juni 2000 (C5-0510/2000 - 2000/2247(COS))³,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und des Ausschusses für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport (A5-0009/2001),
- A. in der Erwägung, dass der neue, revidierte Barcelona-Prozess vor allem auf gegenseitigem Vertrauen, dem demokratischen parlamentarischen Dialog und den Grundsätzen der Solidarität und Gerechtigkeit beruhen muss,
- B. in der Erwägung, dass auf der Konferenz von Marseille die ungewisse Lage im Nahen Osten den in Barcelona eingeleiteten Prozess geschwächt hat, wobei die meisten Teilnehmer jedoch trotz allem die Bedeutung dieses Prozesses unterstrichen haben,
- C. jedoch in der Feststellung, dass die politische und wirtschaftspolitische Agenda der Union eine unvermeidbare Kluft zwischen der absoluten Priorität aufweist, die der Erweiterung um die nord-, mittel- und osteuropäischen Länder eingeräumt wird, und der Aufmerksamkeit, die dem Barcelona-Prozess beigemessen wird, bei dem in den vergangenen Jahren kaum signifikante Fortschritte zu verzeichnen waren,
- D. in der Auffassung, dass die Rolle der Union bei den Friedensverhandlungen hinsichtlich des Konflikts im Nahen Osten überprüft werden muss und dass ihr eine wirkliche politische Rolle zuerkannt werden sollte,
- E. unter Hinweis darauf, dass positive Entwicklungen im Nahost-Friedensprozess eine grundlegende Voraussetzung für die Konsolidierung, Stärkung und Wiederbelebung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sind,
- F. unter Hinweis auf seine Forderungen nach Aufstellung eines Programms der interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit, das der Komplementarität und der wirtschaftlichen und sozialen Integration gewidmet ist, damit wirksame Maßnahmen zur

¹ Angenommene Texte Punkt 1.
² Angenommene Texte Punkt 1.
³ Angenommene Texte Punkt 10.

Verringerung/Umschuldung der Auslandsschulden der Mittelmeerpartner sowie zur Gewährung technischer Unterstützung getroffen werden, wobei die den MOEL geleistete Hilfe als Maßstab heranzuziehen ist, um zu einer für Investitionen förderlichen Harmonisierung der Rechtsvorschriften im Mittelmeerraum zu gelangen,

- G. unter Bekräftigung seines Wunsches, dass eine ehrgeizige Gesamtstrategie für den Mittelmeerraum entwickelt wird und sämtliche Partner einen gemeinsamen politischen Willen aufbringen, um die laufenden Programme der regionalen Entwicklung zum Erfolg zu führen, neue Programme auf den Weg zu bringen und auf diese Weise unter anderem den Süd-Süd-Handel zu fördern,
- H. in der Erwägung, dass die Partnerschaft mit Hilfe eines offenen parlamentarischen Dialogs vor allem über Grundsatzfragen wie Landwirtschaft, Fischerei und Freizügigkeit weiterentwickelt werden muss,
- I. im Bedauern darüber, dass die Unterzeichnung von Assoziierungsabkommen mit einer Klausel über Demokratie und Menschenrechte die zunehmende Verschlechterung der Lage in einigen Ländern nicht verhindert,
- J. in der Feststellung, dass es an der Einbeziehung der Aspekte der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes in alle Tätigkeiten der Partnerschaft mangelt,
- K. in der Erwägung, dass der parlamentarische Dialog Europa-Mittelmeer eine der Grundvoraussetzungen für den neuen Barcelona-Prozess ist, und mit der Bereitschaft, alles ihm Mögliche zu tun, um die baldige Abhaltung des zweiten Parlamentarischen Europa-Mittelmeer-Forums zu gewährleisten,
- L. in Anbetracht der in Marseille beschlossenen unzulänglichen Mittelausstattung für den Zeitraum 2000–2006 (5,35 Mrd. Euro),
- M. ferner in der Erwägung, dass die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zugleich an fehlendem politischen Willen der Europäischen Union und deren fehlender strategischer Vision sowie an der Schwäche eines überlasteten institutionellen Systems leidet,
 - 1. fordert für die Union die Umsetzung einer Außenpolitik für den Mittelmeerraum auf der Höhe ihrer großen Ambitionen und erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten in der Erklärung von Barcelona die strategische Bedeutung des Mittelmeers und die durch die Nähe und die Geschichte begründeten privilegierten Beziehungen unterstrichen haben;
 - 2. wiederholt seine Überzeugung, dass der Barcelona-Prozess auf die Schaffung eines gemeinsamen Raums abzielt, der sich auf die Achtung der Menschenrechte, der Freiheit des Einzelnen und der demokratischen Grundsätze stützt;
 - 3. besteht auf der Verfolgung der Ziele von Barcelona trotz der Schwierigkeiten beim Friedensprozess im Nahen Osten und hebt die Bedeutung des Geistes der Partnerschaft hervor, um den Handel zu fördern, die Verfahren zu vereinfachen und den Dialog über verschiedene Fragen fortzusetzen, wie die Achtung der Menschenrechte, die Sicherheit von Personen und die Verbesserung der Lebensbedingungen, die nachhaltige Entwicklung und die dezentralisierte Zusammenarbeit;
 - 4. bekräftigt, dass eine Lösung des Konflikts im Nahen Osten eine entscheidende Vorbedingung für das Erreichen von Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum bildet, dass

dies das Recht auf Sicherheit für Israel und für sämtliche anderen Staaten der Region, insbesondere die Anerkennung des legitimen Rechts des palästinensischen Volkes, in einem lebensfähigen Staat zu leben, und die ebenfalls legitime Anerkennung des Rechts auf Sicherheit für das israelische Volk bedeutet;

5. fordert den Rat und die Kommission auf, letztlich Überlegungen anzustellen hinsichtlich der Schaffung einer Europa-Mittelmeerraum-Staatenvereinigung, die dazu fähig ist, eine stärker solidarische Partnerschaft umzusetzen, die für sie bestimmten Mittel zu verwalten, die großen Leitlinien festzulegen sowie die Entwicklungsvorhaben umzusetzen und zu begleiten;
6. empfiehlt, dass bei der Revision des Barcelona-Prozesses keine Hierarchie in der Reihenfolge der Prioritäten festgelegt wird und dass den sozialen Aspekten (wie Gesundheit, Bildung, Ausbildung, Rechte der Frau und der Kinder, Bewahrung einer nachhaltigen Umwelt und Infrastrukturvorhaben), den kulturellen Aspekten und der Einwanderung die gleiche qualitative Bedeutung beigemessen wird wie den Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitsfragen;
7. besteht auf der fristgerechten Annahme der Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität;
8. wiederholt seine Forderung, die Assoziierungsabkommen zu gegebener Zeit durch ein einheitliches multilaterales Abkommen zu ersetzen;
9. hofft, dass die Assoziierungsabkommen mit den Ländern, in denen der Verhandlungsprozess noch läuft, so rasch wie möglich zum Abschluss gebracht werden können und alle Parteien daran mitwirken, um die Verhandlungen rasch abschließen zu können;
10. empfiehlt allen Ländern, die ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnen, binnen fünf Jahren Freihandelsabkommen mit allen übrigen Unterzeichnern eines Assoziierungsabkommens zu schließen;
11. unterstreicht das auf der Konferenz von Marseille formulierte Ziel, das die Schaffung einer alle Bereiche umfassenden Freihandelszone vorsieht, die zur Verbesserung der Lebensqualität in allen assoziierten Ländern beiträgt, und fordert eine Prüfung der möglichen sozialen und ökologischen Folgen dieses Vorhabens für beide Seiten des Mittelmeers;
12. wünscht die Durchführung einer Nachhaltigkeitsstudie, um die sozialen Folgen und Umweltauswirkungen der im Zuge der Freihandelszone vorgesehenen wirtschaftlichen Maßnahmen zu bewerten, deren Ziel es ist, die Probleme und Gefahren, denen sich die Region ausgesetzt sieht, wie beispielsweise Gesundheitsprobleme, Wasserbewirtschaftung, Verschmutzung, Wüstenbildung, rasche Zunahme des Fremdenverkehrs und Bevölkerungsdruck, besser zu bewältigen;
13. vertritt die Auffassung, dass die mit der Errichtung des Binnenmarkts gewonnene Erfahrung genutzt werden sollte, um einen Rechtsrahmen für die Freihandelszonen Europa-Mittelmeerraum zu schaffen, und dass bis 2002 ein Zeitplan für die Harmonisierungsmaßnahmen in bestimmten vorrangigen Sektoren (Ursprungsregeln, Zollangelegenheiten, Normen und Schutz des geistigen Eigentums) festgelegt werden sollte; ist der Auffassung, dass dieser Zeitplan in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen

Behörden der betreffenden Länder auszuarbeiten ist;

14. weist die Kommission darauf hin, dass die in den Assoziierungsabkommen vorgesehenen Strukturanpassungsprogramme allzu häufig negative wirtschaftliche (für KMU-KMI) und soziale (Anstieg der Arbeitslosigkeit) Auswirkungen nach sich ziehen und man sich daher gegen diese Auswirkungen wappnen muss;
15. fordert den Rat und die Kommission auf, im Anschluss an die in Nizza gefassten Beschlüsse Verhandlungen über die Revision der Zugangsregelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ins Auge zu fassen, wobei eine Neuausrichtung des Vorhabens der Freihandelszone in Richtung auf einen wirklichen „gemeinsamen Markt“ für sämtliche Güter zu erwägen ist;
16. fordert den Rat und die Kommission auf, den europäischen Ländern die Ausfuhr von Nahrungsmittelbestandteilen und -erzeugnissen, die auf der Grundlage von Substanzen hergestellt werden, die in der Europäischen Union verboten sind, sowie von entsprechendem Tierfutter, in die Partnerländer des Mittelmeerraums zu verbieten und ein Kontrollsystem einzuführen, um sicherzustellen, dass Nahrungsmittelbestandteile und -erzeugnisse sowie Tierfutter, die in den Partnerländern des Mittelmeerraums hergestellt werden und für die Märkte der Europäischen Union bestimmt sind, keine Substanzen enthalten, die in der Europäischen Union verboten sind;
17. hebt die Bedeutung der Ursprungskumulierung hervor, um vor allem die Einführung identischer Ursprungsregeln in die Freihandelsabkommen zu begünstigen, die einen breiteren Gebrauch der diagonalen Kumulierung erlaubt und eine subregionale Zusammenarbeit zwischen den in Frage kommenden Partnern herbeiführt; hält eine bessere diagonale Kumulierung für wünschenswert, die von allen Partnern einzuführen wäre, die untereinander freien Handel vereinbaren und identische Ursprungsregeln anwenden;
18. hofft auf die rasche Entwicklung eines umfangreichen Süd-Süd-Handels, der eine größere wirtschaftliche Integration der Länder des Mittelmeerraums und ein beständiges Investitionswachstum zulässt;
19. hält es insbesondere für erforderlich, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um die Partnerländer aufzufordern, Konvergenzpolitiken im Hinblick auf den Euro und gesetzliche Harmonisierungsmaßnahmen innerhalb des Mittelmeerraums zu verwirklichen;
20. fordert die Kommission und den Rat auf, Überlegungen über die Ausarbeitung einer „Agrarentwicklungspolitik Europa-Mittelmeer“ anzustellen und dabei der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Landwirtschaft wichtige soziale, territoriale und umweltpolitische Aspekte aufweist;
21. fordert, dass der Barcelona-Prozess im Rahmen einer Kohäsionspolitik für die gesamte Region Europa-Mittelmeerraum durchgeführt wird und dabei insbesondere, wie dies vom Europäischen Rat in Nizza erneut bekräftigt wurde, der Notwendigkeit spezifischer Maßnahmen zugunsten der Inselgebiete und rückständigen Binnenregionen aufgrund ihrer strukturellen Nachteile, die ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung verlangsamen, Rechnung getragen wird;
22. vertritt die Auffassung, dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen hinreichend offenen und ernsthaften Dialog über Fragen wie Menschenrechte,

Terrorismusbekämpfung und Einwanderung einzuleiten; hält es außerdem für erforderlich, die sozialen und kulturellen Kontakte zu vertiefen und weitere Fortschritte im Handelsbereich zu erzielen, indem der Anstoß zur Liberalisierung der Wirtschaftssysteme der Mittelmeerpartner und zur Durchführung der Strukturreformen gegeben wird, die unerlässlich sind, um im Geiste der Gegenseitigkeit und der Wahrung der sozialen Rechte auf offeneren Märkten konkurrieren zu können;

23. fordert den Rat und die Kommission auf, eine breit angelegte Debatte zu eröffnen, an der sowohl die staatlichen Stellen in den 15 Mitgliedstaaten als auch die repräsentativen Vereinigungen und das Europäische Parlament beteiligt sind, um Mittel und Wege und die rechtlichen Instrumente zu finden, mit denen für die Einführung einer harmonisierten Gesetzgebung in allen Mitgliedstaaten im Bereich der Lenkung der Migrationsströme Sorge getragen werden kann;
24. ist der Auffassung, dass Ziel dieser Debatte die gemeinsame Bewältigung der Migrationsströme (einschließlich der Bekämpfung der illegalen Einwanderung sowie der Mafiaorganisationen, die daraus Profit ziehen), die Festlegung von Maßnahmen für vorübergehende Migration (ohne Anspruch auf Familienzusammenführung oder Aufenthalt), die Einführung eines Visums mit spezieller Bewegungsfreiheit für die Akteure der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, die Mobilisierung der Migration im Dienste der Entwicklung des Herkunftslandes (Unterstützung für Vorhaben von Migranten in ihren Herkunftsländern) und eine eindeutig bekräftigte Integrationspolitik in den Aufnahmeländern für legal ansässige Einwanderer sein muss;
25. wünscht, dass die Kommission das geplante regionale Programm für die Bereiche Justiz und Inneres vorantreibt und dabei der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels, die auf ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen dem Phänomen der Globalisierung von Wirtschaft und Handel und der Migration abzielt, sowie der Konzeption von Strategien für eine gemeinsame Entwicklung besondere Aufmerksamkeit widmet;
26. fordert vom Europa-Mittelmeer-Forum die Einsetzung eines für Migrationsfragen zuständigen Ausschusses;
27. schlägt der Kommission die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Migration vor, deren Aufgabe es wäre, alle Fragen im Zusammenhang mit den Migrationsströmen im Mittelmeerraum in Absprache mit dem zuständigen Ausschuss des Europa-Mittelmeer-Forums ständig genau zu verfolgen;
28. fordert den Rat und die Kommission auf, die Rolle der Metropolen im Mittelmeerraum ausdrücklich anzuerkennen, ihre Beziehungen zu fördern und mittels dezentraler Programme zu speziellen Problemen der Städte – Versorgung, Landflucht, Verkehrs- und Kommunikationsnetze, Gesundheits- und Wohnungspolitik, Schutz des kulturellen Erbes, Bekämpfung der Verschmutzung – den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten am Nord- und Südufer des Mittelmeers zu unterstützen;
29. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, bei den verschiedenen Aktionen und Vorhaben der regionalen Zusammenarbeit die Einbeziehung der mediterranen Inselgebiete der Europäischen Union und der Partnerländer zu erleichtern;
30. fordert den Rat und die Kommission auf, eine wirksame und dauerhafte Wiederbelebung der

dezentralen Zusammenarbeit zu gewährleisten, Mittel und Wege zur Förderung des Dialogs zwischen den Zivilgesellschaften und der Beteiligung der örtlichen Behörden und Einrichtungen aufzuzeigen und binnen angemessener Frist eindeutige und transparente alternative Lösungen als Ergänzung oder Ersatz für die derzeit eingefrorenen MED-Programme vorzuschlagen;

31. empfiehlt, die Strategie der Europäischen Union in Bezug auf den Mittelmeerraum durch Intensivierung grenzüberschreitender Projekte und dezentralisierte Zusammenarbeit zu verbessern, wobei besonderes Gewicht auf eine nachhaltige Entwicklung zu legen ist;
32. begrüßt den Vorschlag zur Aufstellung von Programmen der regionalen Zusammenarbeit mit einer begrenzten Zahl von Mitgliedstaaten und Mittelmeerländern und ersucht die Kommission, zu gewährleisten, dass dieses Verfahren offen und transparent angewandt wird, um sicherzustellen, dass sich jene Partner beteiligen können, die dies wünschen;
33. betont bezüglich des Vorschlags zur subregionalen Zusammenarbeit, dass es darauf ankommt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem westlichen und östlichen Teil des Mittelmeerraums zu gewährleisten und zu wahren;
34. fordert, die Projekte der regionalen Zusammenarbeit mit den ökologischen Erfordernissen und den Zielen der nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen; verpflichtet die Partnerstaaten, die notwendigen Maßnahmen im Hinblick auf die integrierte Wasserwirtschaft, die Abfallwirtschaft, die kritischen Punkte (verseuchte Gebiete und Gefährdung der biologischen Vielfalt), die Bewirtschaftung der Küstengebiete und die Bekämpfung der Versteppung zu ergreifen und sich dabei das Know-how und die lange Erfahrung der Europäischen Union zu Nutze zu machen;
35. fordert die Kommission auf, innerhalb der regionalen Programme den sozialen Sektor zu berücksichtigen, indem sie der Mitwirkung der Gewerkschaften auf der Ebene der jeweiligen Staaten und auch auf supranationaler Ebene besondere Bedeutung beimisst, und die Ausbildungspolitiken mit den Erfordernissen der Arbeitswelt zu koordinieren, indem Sozialversicherungsnetze geschaffen und innerhalb dieser Systeme moderne Verfahren der Zusammenarbeit eingeführt werden;
36. fordert den Rat und die Kommission auf, sich für die Politik der Kleinprojekte einzusetzen und Regeln für ihre Durchführung vorzuschlagen, da ihre Bedeutung insbesondere im Hinblick auf die Demokratisierung von der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene unterstützt und gefördert werden muss;
37. hält es für zweckmäßig, die für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlichen Investitionen zu fördern, indem auf die im Rahmen des MEDA-Programms und der auf dieser Basis gewährten finanziellen Unterstützung gewonnene Erfahrung zurückgegriffen wird und die Leitfäden für Investoren in Zusammenarbeit mit den Handelskammern der EU-Staaten aktualisiert werden;
38. fördert den Rat, die Kommission und die assoziierten Mittelmeerländer auf, der Unterstützung privater Investitionen Vorrang einzuräumen, da sie von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Barcelona-Prozesses und die gegenseitige wirtschaftliche Entwicklung sind;
39. unterstreicht insbesondere die Bedeutung der Angleichung der örtlichen Rechtsvorschriften

für ausländische Direktinvestitionen und die korrekte und transparente Anwendung der Bestimmungen für die bereits laufenden industriellen Entwicklungsprogramme;

40. fordert die Kommission und den Rat auf, die verschiedenen Möglichkeiten für eine Umwandlung der Schulden zu prüfen, die die Entwicklungsanstrengungen der Mittelmeerpartnerländer erheblich behindern, um durch diese Umwandlung die Finanzierung von Vorhaben zu ermöglichen, die Investitionen und die Beschäftigung namentlich von Jugendlichen miteinander verbinden;
41. ersucht die Kommission, im Kontext der euromediterranen Zusammenarbeit geeignete Mechanismen zur Förderung der unternehmerischen Tätigkeit zu entwickeln, und zwar durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Schaffung eines für Investitionen und Privatinitiative günstigen Klimas mit Hilfe von Verfahren, die Transparenz und Vertrauen schaffen;
42. wünscht, dass den KMU und den sehr kleinen Unternehmen bei der Stärkung der euromediterranen industriellen Partnerschaft ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird; fordert die Entwicklung von spezifischen technischen und finanziellen Hilfsprogrammen für die KMU und die sehr kleinen Unternehmen in den Mittelmeerländern, um die Diversifizierung der Industrielandschaft dieser Länder voranzutreiben;
43. fordert den Rat und die Kommission auf, im Rahmen von MEDA für eine effiziente Ausführung der finanziellen Verpflichtungen mit festen Fälligkeitsplänen flankierend zu jedem Finanzierungsvorhaben Sorge zu tragen;
44. ersucht die Kommission, im Rahmen des MEDA-Programms die Schaffung der notwendigen Infrastrukturen zum Ausbau der euromediterranen Zusammenarbeit zu fördern;
45. fordert die Kommission auf, Programme für die regionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung und Umschulung vorzuschlagen und den Austausch von Erfahrungen und von Personal auf dem Gebiet der Reform und der Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme insbesondere in Bezug auf die Wanderbewegungen zu fördern;
46. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, die Ziele der technologischen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung in den Ländern am Südufer des Mittelmeers zu verfolgen; hofft in diesem Zusammenhang auf die Entstehung von Synergien und den Austausch zwischen den Universitäten, um die Schaffung von Zentren für die Spitzenforschung in diesen Ländern zu unterstützen, wobei diese in die europäischen Forschungsmaßnahmen einbezogen und am sechsten Rahmenprogramm für die Forschung beteiligt werden sollen, das derzeit durchgeführt wird;
47. hebt die Bedeutung der Innovation als Entwicklungsfaktor für die Mittelmeerländer hervor; Bau und Ausbau von Innovations- und technologischen Fachzentren sowie ihre Vernetzung müssen gefördert werden; vorbildliche Praktiken in bestimmten Ländern sind zu unterstützen, und die Zusammenarbeit mit den Forschungslabors und -instituten sowie den Technologiezentren der Europäischen Union ist zu verstärken;
48. fordert den Rat und die Kommission auf, den Mittelmeerpartnern immer wieder die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte ins Bewusstsein zu rufen und gegebenenfalls die in den Assoziierungsabkommen vorgesehenen Verfahren anzuwenden,

um ihre Durchsetzung zu erreichen;

49. ersucht die Regierungen der Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die in der Europäischen Union ansässigen Einwanderer Gleichbehandlung im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Rechte genießen und ihnen die bürgerlichen, kulturellen und politischen Rechte, insbesondere das Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen, zuerkannt werden;
50. bekräftigt, dass es die Anwendung der Todesstrafe ablehnt, richtet einen Appell an die assoziierten Mittelmeerländer, ein Moratorium für Hinrichtungen zu verhängen, und fordert auch die Kommission auf, Maßnahmen zur Unterstützung von Sensibilisierungskampagnen mit dem Ziel eines Moratoriums für Hinrichtungen zu ergreifen;
51. fordert eine viel aktivere Rolle für die Zivilgesellschaft (Migranten, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Hochschulen, Gewerkschaften, Vereinigungen), um dadurch eine stärkere Einbindung der gesamten Gesellschaft in die Tätigkeiten und Vorteile des Barcelona-Prozesses zu gewährleisten;
52. ist in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass mehr Anstrengungen unternommen werden sollten, um wirklich unabhängige NRO zu entwickeln und zu unterstützen, einschließlich der Möglichkeit für internationale NRO, sich in allen 27 Ländern des Barcelona-Prozesses niederzulassen und dort uneingeschränkt tätig zu sein;
53. fordert die Kommission auf, folgende Schwerpunkte zu setzen:
 - a) die integrierte Verwaltung des Kulturtourismus zur Gewährleistung des Schutzes des Kultur- und Naturerbes,
 - b) Programme zur Mobilität und Fortbildung von Unterrichtenden und Lehrern,
 - c) Kooperations- und Bildungsprogramme zwischen Hochschulen der Mittelmeerländer,
 - d) Unterricht in den Sprachen und der gemeinsamen Kultur des Mittelmeerraums,
 - e) Unterricht in neuen Technologien und Ausstattung von Bildungszentren mit der notwendigen Infrastruktur,
 - f) gemeinsame Euromed-Initiativen für sportliche Aktivitäten;
 - g) Entwicklung des Sports als Emanzipationsfaktor für Mädchen und Jungen;
54. fordert die Kommission auf, das Programm Euromed Heritage zu fördern, insbesondere die Schaffung von Partnerschaften und Netzen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Archäologie, dem Studium und der Identifizierung des kulturellen Vermächnisses einschließlich der Verbreitung der Werke großer Schriftsteller der Vergangenheit und der Forschung und Technologien zum Schutz toter Städte oder historischer Wüstenstädte;
55. fordert die Kommission auf, Programme für die Ausbildung von Frauen und ihre Einbeziehung in das Hochschulleben, das Arbeitsleben und die Unternehmen auszuarbeiten;
56. schlägt in diesem Zusammenhang eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten im Mittelmeerraum vor, indem ausreichende Finanzmittel für diesen Zweck bereitgestellt werden;
57. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bildung zu einem prioritären Ziel wird, wenn die Bevölkerung der Mittelmeerländer sich frei fühlen und die

Verantwortung für die eigene Zukunft übernehmen soll;

58. fordert die Kommission auf, deutlich zu machen, dass die Hilfen mit Organisationen, Unternehmen und Umfeldern nicht vereinbar sind, die die Frau im Bildungs-, Sozial- und Sportbereich diskriminieren;
59. fordert die Kommission auf, das Programm Med-Media zu reaktivieren und seine Öffnung gegenüber allen Mittelmeerländern zu fordern;
60. fordert die Kommission auf, dezentralisierte Kooperationsprogramme und -initiativen zu fördern, die den Austausch zwischen den Entwicklungsakteuren begünstigen, wie in der Erklärung von Barcelona im Abschnitt über die Zusammenarbeit im Sozial-, Kultur- und Humanbereich festgelegt, um das System zu liberalisieren und dynamischer zu gestalten und auf diese Weise mehr kulturelle Entwicklungspunkte zu schaffen;
61. ist der Auffassung, dass die Information und der Dialog mit den Bürgern wesentliche Elemente sind, um den Barcelona-Prozess voranzubringen; fordert die Kommission auf, in ihre Mitteilung über die Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union ein Kapitel über die Euro-Mittelmeer-Partnerschaft aufzunehmen;
62. fordert die Kommission auf, rasch ein Informations- und Kommunikationsprogramm aufzulegen, um die Bürger der Mitgliedstaaten und der Partnerländer zu sensibilisieren;
63. fordert die Förderung von Informationskampagnen, in die auch Wirtschaftskreise, beispielsweise die Handelskammern und die einschlägigen sozialen Körperschaften, einzubeziehen sind, um potentielle Investoren für die langfristigen Investitionsmöglichkeiten in den Produktionssektoren der Länder des Mittelmeerraums zu interessieren;
64. fordert die Kommission auf, die Initiative zu ergreifen und die Informationsunternehmen zu fördern, vor allem den elektronischen Handel, um die Wirtschaft der Regionen am Südufer des Mittelmeers zu modernisieren und qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen;
65. fordert, dass die am besten geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um die Informationsgesellschaft zu entwickeln und das Internet sowie alle neuen elektronischen Kommunikationssysteme zu nutzen, und fordert die Partnerstaaten auf, in die allgemeine und die berufliche Bildung zu investieren;
66. fordert die Kommission auf, künftig Anstrengungen zu unternehmen, um Ausschreibungen und Programme an die Verhältnisse in Ländern anzupassen, die traditionelle Formen von Familienunternehmen und Gliederungen der Zivilgesellschaft besitzen, welche sich von denen des kontinentalen Europa stark unterscheiden;
67. fordert die Kommission angesichts der Schwierigkeiten bei der Gewährleistung einer guten Programmverwaltung auf, die erforderlichen spezifischen Kontrollmaßnahmen festzulegen, um sicherzustellen, dass die Vereinigungen und Organisationen, die Anspruch auf Hilfen haben, in das soziale System eingebunden sind und ihre Verpflichtungen erfüllen;
68. fordert die Kommission auf, sich bei der Anwendung der Hilfsprogramme und insbesondere des Programms MEDA auf die Hochschulen, Museen und Kulturzentren der jeweiligen Länder zu stützen, da die Zivilgesellschaft gerade in diesen Organisationen tätig ist und sie daher einen guten „Draht“ zum sozialen Gefüge und zum Produktivsystem haben und bei der Verbreitung von Technologien und Verwaltungs- und Innovationsmodellen eng

mitwirken können;

69. wünscht, dass das Europa-Mittelmeer-Forum für die Abgeordneten der Europäischen Union und der Mittelmeerländer zu einem echten Ort des Austausches wird, um der Europa-Mittelmeerraum-Partnerschaft neuen Auftrieb zu verleihen und sie weiter zu entwickeln;
70. fordert ferner die Schaffung einer ständigen Einrichtung, die sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Abgeordneten aus den assoziierten Ländern zusammensetzt;
71. fordert den Rat und die Kommission auf, im Rahmen der derzeit im Außendienst laufenden Reformen die für die Assoziierung zuständigen Humanressourcen zu verstärken, in der Kommission ein eigenes Referat einzurichten und die Dekonzentration der Verwaltung der Hilfe durch Übertragung der Befugnisse von der Zentrale auf die Delegationen und auch die Dezentralisierung durch Übertragung der Befugnisse von der Kommission auf die Empfängerländer voranzutreiben (wie die Kommission dies ganz generell in ihrer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament über die Entwicklung des Außendienstes zugesagt hat (KOM(2000) 456);
72. begrüßt den Aktionsplan der Europäischen Union für Marokko und erinnert daran, dass Ziel dieses Plans die gemeinsame Entwicklung ist und dass für die noch offen stehenden Fragen möglichst schnell konkrete Lösungen gefunden werden müssen; fordert daher den Rat und die Kommission auf sicherzustellen, dass das Programm diesem Ziel Rechnung trägt;
73. fordert den Rat auf, den notwendigen Druck im Hinblick auf politische Veränderungen auszuüben; fordert vom Rat und von der Kommission, dass die Union im Mittelmeerraum eine bedeutendere politische Rolle übernimmt;
74. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Mittelmeerpartnerstaaten, die die Erklärung von Barcelona unterzeichnet haben, zu übermitteln.